

Abstimmung vom 5.4.1981

Das Volk hält am Saisonierstatut fest

**Abgelehnt: «Mitenand-Initiative für eine neue
Ausländerpolitik»**

Roswitha Dubach

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Dubach, Roswitha (2010): Das Volk hält am Saisonierstatut fest. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 400–401.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissovotés – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissovotés.ch.

VORGESCHICHTE

Als Reaktion auf die sogenannten Überfremdungsinitiativen (vgl. Vorlagen 220, 242, 265, 266) lanciert die Katholische Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1974 die Volksinitiative «Mitenand» – mit dem Zweck, eine neue, «menschliche» Ausländerpolitik herbeizuführen. Sie wird 1977 eingereicht.

In seiner Botschaft vom Oktober 1979 empfiehlt der Bundesrat dem Parlament die Initiative ohne direkten Gegenvorschlag zur Ablehnung. Er verweist auf die laufende Revision des Bundesgesetzes über die Niederlassung und den Aufenthalt von Ausländern (ANAG) und präsentiert dieses Gesetz als indirekten Gegenvorschlag (vgl. Vorlage 310). Im Vergleich zu einer neuen Verfassungsbestimmung stelle dieses Gesetz das bessere Instrument dar, um die Ziele der schweizerischen Ausländerpolitik festzuschreiben. Dabei beinhalte der Entwurf des neuen ANAG viele Ziele der Initianten, so auch deren zentrale Forderungen nach einem verbesserten Rechtsschutz und einer besseren Eingliederung der Ausländerinnen und Ausländer.

Im Nationalrat kommt es zu kontroversen Debatten um den Antrag des Bundesrates und die gleichzeitige Behandlung des Gesetzesentwurfs des ANAG. Die linken Parteien setzen sich für die Initiative ein, da sie sich insbesondere gegen das Festhalten am Saisonierstatut im ANAG stellen. Vor dem Hintergrund der Initiative plädieren die Mitteparteien für Verbesserungen zugunsten der Ausländerinnen und Ausländer im ANAG, so im Besonderen für kürzere Umwandlungsfristen von einer Saisonbewilligung in eine Jahresaufenthaltsbewilligung. Daraufhin stimmt nach dem Ständerat auch der Nationalrat dem Antrag des Bundesrates auf Ablehnung der Initiative deutlich zu. Der Ständerat war dem Antrag des Bundesrates schon gefolgt. Da im ANAG das Saisonierstatut beibehalten werden soll, hält das «Mitenand»-Komitee an seiner Initiative fest.

GEGENSTAND

Die Initiative fordert insbesondere eine umfassende Verbesserung des Rechtsschutzes von Ausländerinnen und Ausländern. In Art. 69ter BV soll festgeschrieben werden, dass die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Ausländerpolitik die Menschenrechte, die soziale Sicherheit und den Familiennachzug der Ausländer sichert. Eine zentrale und zugleich umstrittene Forderung ist dabei die Abschaffung des Saisonierstatuts innert fünf Jahren nach Annahme der Initiative. Als weiteren zentralen Punkt fordert die Initiative, dass Bund, Kantone und Gemeinden verpflichtet werden, Ausländer in Fragen, die sie betreffen, zur Vernehmlassung beizuziehen. Sie fördern im Einvernehmen mit den Ausländern auch deren Eingliederung in die schweizerische Gesellschaft.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Vor dem eigentlichen Abstimmungskampf protestieren Mitglieder von CVP und SP gegen den Abstimmungstermin, da der Bundesrat diesen ansetzt, bevor der definitive Entwurf des ANAG vorliegt.

Im Abstimmungskampf, wie schon in den Debatten im Parlament, dominiert die Frage des Saisonnierstatuts. Die Befürworter der Initiative plädieren hauptsächlich mit humanitären Argumenten für die Abschaffung der saisonalen Aufenthaltsbewilligung. Entsprechend geben die SP, der LdU und die Linksaussenparteien die Japarole aus. Die CVP beschliesst ein Nein, neun Kantonalparteien weichen aber von dieser Parole ab. Von den grossen Dachorganisationen sagen einzig der Christlichnationale Gewerkschaftsbund und der Verband evangelischer Arbeitnehmer Ja. Der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und die Schweizerische Bischofskonferenz äussern sich positiv zur Zielsetzung der Initiative, haben aber Bedenken hinsichtlich der Durchführbarkeit.

Die Gegner der Initiative betonen die wirtschaftliche und staatspolitische Bedeutung der Beibehaltung des Saisonnierstatuts. Folgerichtig machen sich vor allem industrielle und gewerbliche Kreise gegen die Initiative stark.

ERGEBNIS

Bei einer Stimmbeteiligung von 39,9% wird die Initiative mit 83,8% Neinstimmen und in allen Kantonen wider Erwarten stark verworfen. Am meisten Neinstimmen – über 90% – gibt es in den Kantonen Appenzell Innerrhoden, Glarus, Obwalden und Graubünden, am weitesten Ja-Stimmen im Kanton Jura (44%), gefolgt von den übrigen Kantonen der Westschweiz mit jeweils rund einem Viertel Ja-Stimmen.

In Kommentaren aus Befürworterkreisen wird vor allem die Angst vor der ausländischen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt für den Ausgang der Initiative verantwortlich gemacht. Die Gegner der Initiative werten das Ergebnis als klares Verdikt für die bundesrätliche Ausländerpolitik. Eine Abstimmungsanalyse hingegen kommt zum Schluss, dass eine schwer fassbare Angst vor Überfremdung das wichtigste Motiv gegen das Volksbegehren bildete.

QUELLEN

BBI 1979 III 605; BBI 1980 III 703. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1974 bis 1981: Sozialpolitik – Soziale Gruppen – Ausländische Bevölkerung. Vox Nr. 14.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.